

Sozial- und Kulturausschuss

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

der 5. Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses
am Mittwoch, 01.11.2023, 19:00 Uhr bis 20:00 Uhr
im Sitzungszimmer 1. OG des Rathauses

Anwesenheiten

Vorsitz:

Sebastian Engel (SPD)

Anwesend:

Daniela Jobst (FW)

Ulrich Ebenhöf (SPD)

Reinhard Ewert (GRÜNE)

Rita Fleischer (CDU)

Christiane Keßler (FW)

Ernst Otto Lind (CDU)

Karl-Otto Sauer (CDU)

Eberhard Schlosser (FW)

Hans-Dieter Stübenrath (GRÜNE)

Karl Felix Trüller (FDP)

vertritt Edwin Magel

vertritt Anna-Marisa Vandenberg

Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Marcel Schlosser (CDU)

Rolf Rüdiger Deubel (SPD)

Otto Klockemann (CDU)

Gislinde Löffert (CDU)

Wilhelm Zoll (GRÜNE)

Von der Stadtverordnetenversammlung waren anwesend:

Karlheinz Erdmann (CDU)

Jürgen Trüller (FDP)

Julian Sann (CDU)

Entschuldigt fehlten:

Edwin Magel (SPD)

Anna-Marisa Vandenberg (GRÜNE)

Gäste:

Andreas Marx KKH, Polizeipräsidium Mittelhessen

Bettina Henß, Gesamtkitaelternbeirat

Meike Faust, Gesamtkitaelternbeirat

Tagesordnung

öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung
2. Kompass-Initiative
Vorstellung von Herrn Andreas Marx (KHK) und Herrn Thorsten Weller (POK), Polizeipräsidium Mittelhessen
3. Bericht Gesamtelternbeirat
4. Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan und Anlagen der Stadt Grünberg für das Haushaltsjahr 2023; (VL-275/2023)
hier: 1. Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung und Verweis an die Ausschüsse
2. Beratung und Beschlussfassung
5. Aktuelle Situation auf dem Campingplatz „Spitzer Stein“ in Grünberg
6. Anfragen und Mitteilungen
- 6.1 Situation von Geflüchteten

nicht-öffentliche Tagesordnungspunkte

Sitzungsverlauf

öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung

Sebastian Engel eröffnet als Vorsitzender die 5. Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses und begrüßt die Teilnehmer. Die ordnungsgemäße Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Herr Hans-Dieter Stübenrath stellt einen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um einen weiteren Tagesordnungspunkt.

Der neue Tagesordnungspunkt soll folgenden Wortlaut haben: „Aktuelle Situation auf dem Campingplatz „Spitzer Stein“ in Grünberg.“

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen, 3 Enthaltung (en)

Damit wird dem Antrag zugestimmt und der neue TOP 5 der Tagesordnung lautet „Aktuelle Situation auf dem Campingplatz „Spitzer Stein“ in Grünberg.“

Der Tagesordnungspunkt „Anfragen und Mitteilung“ wird TOP 6 der Tagesordnung.

2. Kompass-Initiative Vorstellung von Herrn Andreas Marx (KHK) und Herrn Thorsten Weller (POK), Polizei- präsidium Mittelhessen

Herr Sebastian Engel begrüßt Herrn Andreas Marx von der Kompass-Initiative. Herr Andreas Marx erklärt, dass es sich bei der Kompass-Initiative um ein Kommunalprogramm mit Sicherheitssiegel handelt. Aktuell nehmen bereits 10 Kommunen aus dem Landkreis Gießen an dem Programm teil, Grünberg und weitere Kommunen haben Interesse an dem Programm bekundet und wollen sich darüber informieren.

Kompass ist ein Angebot des Hessischen Innenministeriums an die Städte und Gemeinden in Hessen und zielt auf eine nachhaltig ausgerichtete Verzahnung und noch engere Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Polizei und Kommune ab.

Die Polizei Hessen bietet an, gemeinsam mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern, die spezifischen kommunalen Sicherheitsbedürfnisse, also auch die Sorgen und Ängste der Bevölkerung zu erheben, zu analysieren und gemeinsam ein passgenaues Lösungsangebot zu entwickeln.

Ziel des Programms ist es, die Sicherheitsarchitektur in den Kommunen individuell weiterzuentwickeln und passgenaue Lösungen für Probleme vor Ort zu entwickeln. Dabei soll Bestehendes auf den Prüfstand gestellt und eine detaillierte Maßnahmenliste erstellt werden, wie die Sicherheit vor Ort weiter verbessert werden kann. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Prävention.

Von grundlegender Bedeutung ist, dass alle Partner, die Aufgaben im Bereich der Sicherheit wahrnehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger an einen Tisch geholt werden.

Für die Teilnahme am Programm Kompass ist eine Erklärung des Magistrats über die Teilnahme und aktive Mitwirkung der Kommune notwendig.

Nach der Aufnahme in das Programm und der offiziellen Begrüßung wird mit dem kommunalen Kompass-Ansprechpartner eine Arbeitsgruppe gebildet. Die Arbeitsgruppe plant die 1. Kommunale Sicherheitskonferenz und bereitet diese vor.

Bei der 1. Kommunalen Sicherheitskonferenz stellt die Polizei die Initiative Kompass vor und gibt einen Überblick über die Sicherheitslage der Kommune.

Danach startet die Bürgerbefragung. Nachdem diese abgeschlossen und ausgewertet wurde, werden in der Arbeitsgruppe passende Maßnahmen und Präventionsangebote ausgearbeitet.

Die Ergebnisse und der aktuelle Sachstand werden dann bei der 2. Kommunalen Sicherheitskonferenz vorgestellt und die nächsten Schritte besprochen. Passgenaue Maßnahmen werden abgestimmt und in einem Sicherheitskonzept zusammengefasst.

Die kommunalen Kompass-Ansprechpartnerinnen und -partner und die polizeilichen Kompass-Beraterinnen und -berater schlagen auf der Grundlage des Umsetzungsstandes des Sicherheitskonzeptes die Verleihung des Sicherheitssiegels vor. Dafür müssen mindestens drei neue Maßnahmen oder Projekte erfolgreich umgesetzt worden sein. Das Innenministerium prüft und entscheidet über die Siegelverleihung.

Der Prozess der Kompass-Initiative dauert ca. 2 Jahre.
Das Ziel ist eine dauerhafte Implementierung der Prävention als fester Bestandteil der kommunalen Arbeit.

Stadtrat Wilhelm Zoll fragt nach, ob die Kompass-Initiative Einfluss auf andere Behörden wie z.B. Hessen Mobil hat. Herr Andreas Marx antwortet darauf, dass sie anderen Behörden keine Vorschriften machen dürfen, aber gute Kontakte haben und mit guten Argumenten schon einiges bewegt haben.

Herr Ulrich Ebenhöf fragt nach, ob auch die Ortsteile an der Bürgerbefragung beteiligt werden. Herr Andreas Marx antwortet darauf, dass die Ortsteile selbstverständlich in die Befragung mit eingebunden sind, aus Erfahrung aber die meisten Rückläufe aus den Kernstädten kommen.

Herr Sebastian Engel fragt nach, wer die Befragung initiiert. Herr Andreas Marx antwortet darauf, dass die Befragung von der Kommune initiiert wird. Dies sollte auf der Homepage und in den Sozialen Medien bekannt gegeben werden, damit so viel wie möglich Bürgerinnen und Bürger daran teilnehmen. Die Befragung sollte zwischen 4 bis 6 Wochen freigeschaltet sein.

Herr Bürgermeister Marcel Schlosser fragt nach, ob es möglich ist die Befragten über ein Online-Tool durchzuführen. Herr Andreas Marx antwortet darauf, dass dies möglich ist wenn die Kommune die technischen Voraussetzungen hat.

3. Bericht Gesamtelternbeirat

Herr Sebastian Engel begrüßt Frau Bettina Henß und Frau Meike Faust vom Gesamtelternbeirat. Herr Marcel Schlosser berichtet, dass die Stadt und der Gesamtelternbeirat gut zusammenarbeiten.

Frau Bettina Henß erklärt, dass die letzte Bedarfsabfrage zu den Betreuungswünschen der Eltern für ihre Kinder schon mehr als 5 Jahre her ist. Da der Gesamtelternbeirat sich für die Eltern einsetzen und auf deren Wünsche und Bedürfnisse eingehen will, haben sie in Zusammenarbeit mit der Verwaltung dieses Jahr im Sommer eine Bedarfsabfrage durchgeführt.

Die Bedarfsabfrage ist im Juli 2023 gestartet und war 8 Wochen lang freigeschaltet. Die Eltern konnten online über das Tool Survey Monkey teilnehmen. Für Eltern ohne Online-Zugang gab es auch die Möglichkeit den Fragebogen händisch auszufüllen.

Insgesamt haben 389 Eltern an der Bedarfsabfrage teilgenommen, aus jeder Kindertagesstätte mindestens 25 Eltern.

28 % der teilgenommenen Eltern sind auf die Betreuung in den Kindertagesstätten vollkommen angewiesen, weil sie niemanden im Bekannten- oder Verwandtenkreis haben, auf den sie zurückgreifen können.

Ein großer Wunsch der Eltern ist eine größere Flexibilität in den Stundenmodellen, außerdem wollen die Eltern die Anzahl der Tage an denen ihr Kind/ihre Kinder nachmittags betreut werden sollen frei buchen können.

33 % der teilgenommenen Eltern benötigen an 5 Tagen in der Woche die Nachmittagsbetreuung für ihr Kind/ihre Kinder.

92 der befragten Eltern wünschen sich eine Betreuung bis 16.00 Uhr, 74 der befragten Eltern eine Betreuung bis 17.00 Uhr.

41 % der befragten Eltern reicht die Betreuungszeit Freitags bis 14.00 Uhr, 38 % der befragten Eltern wünschen sich Freitags eine längere Betreuungszeit.

65 % der befragten Eltern wünschen sich ein Mittagessen bei der Betreuungszeit bis 13.00 Uhr.

52 % der befragten Eltern wünschen sich eine zeitliche Abstimmung der Betreuungsmodelle von Schule und Kita.

68 % der befragte Eltern würden den Bustransfer nutzen, wenn die Busfahrzeiten besser abgestimmt wären und die Busbegleitung gesichert wäre.

Abschließend lässt sich sagen, dass sich aus der Bedarfsabfrage 5 Optimierungswünsche ergeben.

1. flexiblere Betreuungsmodelle und erweiterte Öffnungszeit bis 17.00 Uhr
2. Freitags längere Öffnungszeiten
3. Kapazität für mehr Essensplätze
4. zeitlich besser abgestimmte Kita-Schul-Betreuung
5. gesicherte Busbegleitung und alternative Busmodelle

Insgesamt haben die neun Kindertagestätten der Stadt Grünberg bei der Frage nach der Zufriedenheit der Eltern mit den Einrichtungen 3,5 von 5 Punkten erreicht.

Herr Bürgermeister Marcel Schlosser bedankt sich beim Gesamtelternbeirat für die ehrenamtliche Arbeit. Ein Teil der Wünsche wird sicher umsetzbar sein. Die Verwaltung wird darüber beraten, welche Wünsche kurzfristig umsetzbar sind und welche nicht.

Stadtrat Otto Klockemann merkt an, dass der Trend dazu geht, das Zusammenleben und die Erziehung der Kinder in fremde Hände zu geben, das macht ihm Sorge.

Frau Bettina Henß antwortet darauf, dass die Familien die Möglichkeit haben sollen die für sie passende Betreuung zu bekommen und das Familien aus unterschiedlichen Gründen darauf angewiesen sind die Betreuung ihrer Kinder in fremde Hände zu geben.

4. Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan und Anlagen der Stadt Grünberg für das Haushaltsjahr 2023; VL-275/2023
hier: 1. Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung und Verweis an die Ausschüsse
2. Beratung und Beschlussfassung

Herr Sebastin Engel stellt die Vorlage aus der Verwaltung „Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan und Anlagen der Stadt Grünberg für das Haushaltsjahr 2023“ vor.

Herr Bürgermeister Marcel Schlosser berichtet, dass sich der bisherige Fehlbedarf im Ergebnishaushalt 2023 von 685.630 € auf 345.650 € verringert hat. Dies kommt durch zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen.

Herr Sebastian Engel geht die für den Sozial- und Kulturausschuss relevanten Produkte nacheinander durch und fragt ob es Anmerkungen und Änderungswünsche dazu gibt.

Herr Ulrich Ebenhöf merkt an, das die Privatrechtlichen Leistungsentgelte beim Produkt 25.1.01 „Museum und Ausstellungen“ lediglich bei 2.000 € liegen.

Er fragt, ob es nicht sinnvoll sei, bei dieser großen Diskrepanz zu den Ausgaben darüber nachzudenken den Eintritt im Museum kostenfrei zu machen. Es würde sich nicht lohnen jemanden dort hinzusetzen der Eintritt kassiert. Vielleicht wäre der Eintritt gegen eine freiwillige Spende lohnender.

Bürgermeister Marcel Schlosser antwortet darauf, dass er seine Idee mit der Spende gut findet, es aber auch schon eine Spendebox gibt und das es sich im Museum um ehrenamtliches Personal handelt, welches den Eintritt kassiert.

Bürgermeister Marcel Schlosser merkt an, dass es beim Produkt 28.1.01 „Kulturelle Aktivitäten und Veranstaltungen“ durch ein Sponsoring bei der Veranstaltung „Sommer am Turm“ bei den Erträgen um eine Erhöhung von 15.500 € auf 20.500 € gekommen ist.

Beim Produkt 36.2.01 „Leistungen des Kinder- und Jugendbüros“ ist im Ansatz eine neue Küche für den Jugendraum in Stockhausen enthalten.

Beim Produkt 42.4.01 „Betrieb von Sportstätten“ wurden trotz des schlechten Sommers 75.000 € Eintrittsgelder eingenommen.

Herr Ulrich Ebenhöf fragt nach, warum beim Produkt 57.3.02 „Durchführung und Förderung von Märkten“ 17.100 € weniger Einnahmen zu verbuchen sind und merkt an, dass der Zeitraum zwischen Gewerbeschau und Gallusmarkt zeitlich zu eng aneinander liegen.

Herr Bürgermeister Marcel Schlosser antwortet darauf, dass die beiden Termine wegen der Nutzung des Zeltes so eng aneinander liegen. Die Durchführung des Bockbierabends wurde an einen Festwirt übergeben, wodurch die Einnahmen der Stadt geringer ausgefallen sind. Nach Corona ist noch einiges aufzuholen.

Herr Karl Felix Trüller fragt nach, warum beim Produkt 57.5.01 „Tourismus die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit“ so stark gestiegen sind. Herr Bürgermeister Marcel Schlosser antwortet darauf, dass dies am „Tage der Industriekultur 2023“ lag. Die Kosten waren allerdings nur ein durchlaufender Posten.

Beschluss:

Der vom Magistrat am 11.09.2023 festgestellte Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan der Stadt Grünberg für das Haushaltsjahr 2023 einschließlich dem 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke Grünberg für das Wirtschaftsjahr 2023 wird nach Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung und Beratung in den Ausschüssen mit den dort enthaltenen Festsetzungen gemäß § 98 Abs. 1 in Verbindung mit § 97 Abs. 2 HGO beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

5. Aktuelle Situation auf dem Campingplatz „Spitzer Stein“ in Grünberg

Herr Bürgermeister Marcel Schlosser berichtet, dass der Magistrat veranlasst hat, dass auf dem Campingplatz „Spitzer Stein“ in Grünberg am 01.11.2023 der Strom abgestellt wird. Die Stromleitungen auf dem Campingplatz „Spitzer Stein“ wurden von einem Gutachter komplett durchleuchtet. Das Gutachten hat ergeben, dass Gefahr in Verzug ist und der Strom abgestellt werden muss um Gefahr zu vermeiden.

Die OVAG überprüft aktuell alle Stromleitungen. Bürgermeister Marcel Schlosser hofft, dass der Strom im Sanitärgebäude so schnell wie möglich wieder angestellt werden kann.

Er erklärt, dass es eine schwere Entscheidung war und es auch rechtlich überprüft wurde welche Maßnahmen möglich sind. Der Magistrat kann die Verantwortung nicht übernehmen. Für Durchgangscamper ist der Platz seit 01.11. sowieso gesperrt und die Personen die mit Hauptwohnsitz auf dem Campingplatz „Spitzer Stein“ leben haben sich inzwischen arangiert. Entweder haben sie den Campingplatz verlassen oder sich mit Stromaggregaten versorgt.

Herr Hans-Dieter Stübenrath merkt an, dass man eine gewisse Verantwortung für die Leute die dort mit Hauptwohnsitz leben habe und diese sowas wie ein Gewohnheitsrecht.

Keiner der Camper darf in Not geraten. Herr Bürgermeister Marcel Schlosser antwortet darauf, dass für Personen die in Not geraten auf jeden Fall das Waldhaus zur Verfügung steht.

Frau Daniela Jobst merkt an, dass der Campingplatz nicht Hauptwohnsitz sein darf und das es doch im Gespräch war einen Investor für den Campingplatz zu suchen.

Herr Bürgermeister Marcel Schlosser antwortet darauf, dass sich die Personen mit Hauptwohnsitz auf dem Campingplatz „Spitzer Stein“ bereits von 20 auf 6 reduziert haben. Der erste Invenstor sei abgesprungen aber man bleibe dran.

Herr Stadtrat Otto Klockemann merkt an, dass die Sicherheit auf dem Campingplatz „Spitzer Stein“ nach der Saison überhaupt nicht mehr gewährleistet ist.

Bürgermeister Marcel Schosser merkt an, dass die Personen mit Hauptwohnsitz auf dem Campingplatz den selben Gebührensatz wie die Saisoncamper zahlen.

6. Anfragen und Mitteilungen

6.1 Situation von Geflüchteten

Bürgermeister Marcel Schlosser berichtet, dass es in Grünberg 130 Plätze für geflüchtete Personen gibt, das sind 2 % der Bevölkerung die jede Kommune zur Verfügung stellen muss.

Aktuell leben 40 geflüchtete Personen in Grünberg. Es kommt jetzt eine wöchentliche Zuweisung vom Landkreis Gießen für ca. 60 bis 70 Personen.

Ausschussvorsitzender Sebastian Engel schließt die öffentliche Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses um 20:00 Uhr und bedankt sich bei den Zuschauer für Ihre Teilnahme.

Grünberg, 02.11.2023

Sebastian Engel
Vorsitzender

Susanne Schick
Schriftführerin

STADT GRÜNBERG

Vorlage Stadtverordnetenversammlung STAVO

Drucksache VL-275/2023

- öffentlich -

Datum: 18.10.2023

Aktenzeichen	FB II.1 / Li. / 20 20 21
Federführender Fachbereich	Finanzen und Steuern
Bearbeiter/in	Bernhard Linker

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Sozial- und Kulturausschuss	01.11.2023	vorberatend
Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschuss	02.11.2023	vorberatend
Haupt - und Finanzausschuss	07.11.2023	vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	09.11.2023	beschließend

Zu beteiligen: Ortsbeirat

Betreff: Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan und Anlagen der Stadt Grünberg für das Haushaltsjahr 2023; Beratung und Beschlussfassung

Beschlussvorschlag:

Der vom Magistrat am 11.09.2023 festgestellte Entwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan der Stadt Grünberg für das Haushaltsjahr 2023 einschließlich dem 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke Grünberg für das Wirtschaftsjahr 2023 wird nach Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung und Beratung in den Ausschüssen mit den dort enthaltenen Festsetzungen gemäß § 98 Abs. 1 in Verbindung mit § 97 Abs. 2 HGO beschlossen.

Begründung:

Das Verfahren zum Erlass der jährlichen Haushaltssatzung bzw. deren Änderung durch Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung ist in den §§ 94 ff. HGO geregelt. Der als Anlage zur 1. Nachtragshaushaltssatzung beigefügte Nachtragshaushaltsplan enthält alle zum gegenwärtigen Zeitpunkt erkennbaren Veränderungen von Planansätzen im Bereich des Ergebnis- und Finanzhaushaltes.

Nachdem der Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan in einem ersten Verfahrensschritt vom Magistrat bzw. der Nachtrag zum Wirtschaftsplan von der Betriebskommission festgestellt wurden, erfolgt zunächst die Vorlage bzw. Einbringung dieses Entwurfes in öffentlicher Sitzung in die Stadtverordnetenversammlung. Nach der anschließenden Überweisung zur Beratung in die Ausschüsse erfolgt in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die abschließende Beratung und finale Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan.

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen sind in dem beigefügten Nachtragshaushaltsplan und dem Nachtrag zum Wirtschaftsplan ausführlich und detailliert dargestellt sowie erläutert.

Leitbild:

Entspricht dem Leitbild der Stadt Grünberg

Anlage(n):

1 NHH 2023 - Entwurf StaVo-Ausschüsse zum News-/ Downloadeintrag: NHH 2023 - Entwurf StaVo-Ausschüsse

Unterschriften:

Marcel Schlosser
Bürgermeister

Bernhard Linker